

FDP Fraktion im Regionalrat Köln · Frankenwerft 35 · 50667 Köln

An die Pressevertreter im Gebiet
des Regionalrats Köln

Pressemitteilung

Ort, 01. September 2015

Jörn Freynick
Fraktionsgeschäftsführer

j.freynick@fdp-regionalrat-koeln.de
www.fdp-regionalrat-koeln.de

FDP Fraktion im Regionalrat
Köln
Frankenwerft 35
50667 Köln

T: 0221 25 37-26
F: 0221 25 37 24

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte beachten Sie folgende Pressemitteilung:

Neues Landesplanungsgesetz untergräbt Regionalrat und Kommunen

Die rot-grüne Landesregierung plant die Neufassung des Landesplanungsgesetz NRW, um es u.a. an die Bundesgesetzgebung anzupassen. „Der Möglichkeit, dabei gleich die Rechte des Regionalrates und der Kommunen zu beschneiden, konnten die Regierenden in Düsseldorf wohl nicht widerstehen“, sagte Reinhold Müller, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Regionalrat Köln. Um mögliche Einsprüche der Regionalräte zu vermeiden, wurde über die Sommerferien eine sechswöchige Stellungnahmefrist beschlossen, da in dieser Zeit keine Sitzungen stattfanden. Der Antrag aller NRW-Regionalratsvorsitzenden, diese Frist zu verlängern, wurde von der Staatskanzlei abgelehnt.

„Zu verlockend erscheint wohl der Landesregierung die Chance, die eigene Macht zu vergrößern. Insbesondere mit dem geänderten §16 LPLG wurde das frühere Einvernehmen, welches Regionalrat und Kommunen bei Abweichungen vom Regionalplan herbeiführen, durch ein bloßes Benehmen ersetzt. Also statt Mitgestaltung nur noch Information“, erklärt Müller die geplante Gesetzesänderung. Da es z.B. bei der Umsetzung von forensischen Kliniken Probleme gibt, wurde flugs dem Land über den neuen § 16a LPLG eine Abweichungskompetenz von den Vorgaben des Regionalplanes zugestanden, die geltendem Bundesrecht klar widerspricht.

Auch den Braunkohlausschuss hat die Regierung im Visier; dieser soll ohne Zustimmung des Regionalrates Braunkohlepläne erstellen können. „Ein Braunkohlausschuss, der nicht mehr an die Regionalräte Köln und Düsseldorf angebunden ist, wird leichter zum Spielball der Herrschenden“, sagte dazu Ulrich Göbbels, der für die Freien Demokraten im Braunkohlausschuss sitzt.

FDP- Fraktionsvorsitzender Reinhold Müller machte daher in der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen des Regionalrates Köln deutlich, dass mit der FDP die Beschneidung der Rechte des Regionalrates und der Kommunen nicht zu

Freie Demokraten

Fraktion im
Regionalrat Köln **FDP**

machen ist. Reinhold Müller: „Aus CDU und SPD gab es ähnliche negative
Stellungnahmen und selbst bei den Grünen kam keine rechte Freude auf. Der
Regionalrat Köln wird nun eine deutliche Stellungnahme nach Düsseldorf schicken.
Bleibt abzuwarten, ob Frau Kraft diese einfach ignorieren kann“.